

Antrag

der Fraktion Die Linke

Mehr Sicherheit und Umweltschutz auf Berliner Wasserstraßen: Rückkehr zur 5-PS-Grenze für führerscheinfreie Sportboote jetzt umsetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene im Rahmen einer Bundesratsinitiative nachdrücklich für eine Änderung der Sportbootführerscheinverordnung (SpFV) einzusetzen. Ziel dieser Initiative ist es, die bundesweite Grenze für das führerscheinfreie Führen von Sportbooten mit Verbrennungsmotor von 11,03 kW (15 PS) auf 3,68 kW (5 PS) herabzusetzen und dabei eine Länderöffnungsklausel zu verankern, die es jedem Bundesland ermöglicht, die Regelung für seine Gewässer individuell anzupassen.
2. bis zur Umsetzung einer bundesweiten Regelung alle landeseigenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Sicherheit auf den Berliner Wasserstraßen zu erhöhen. Dazu gehören insbesondere:
 - a) die deutliche Verstärkung der Kontrollen durch die Wasserschutzpolizei hinsichtlich Geschwindigkeit, Alkohol, Lärm und rücksichtslosen Verhaltens, vor allem im Bereich von Badestellen, engen Kanälen und ökologisch sensiblen Zonen,
 - b) die Initiierung und Unterstützung von landesweiten Aufklärungskampagnen, die für die Gefahren durch unerfahrene Bootsführer*innen mit zu stark motorisierten Booten sensibilisieren und für ein rücksichtsvolles Miteinander aller Wassernutzer*innen werben,
 - c) die Prüfung, inwieweit auf besonders belasteten oder gefährlichen Wasserstraßenabschnitten (z.B. innerstädtische Kanäle, Bereiche mit hohem Aufkommen nicht-motorisierten Verkehrs) spezifische Geschwindigkeits-

begrenzungen oder andere lokale Regelungen verschärft oder neu eingeführt werden können.

Dem Abgeordnetenhaus ist halbjährlich über die ergriffenen Maßnahmen und die Entwicklung der Unfallzahlen sowie der Beschwerden auf den Berliner Wasserstraßen zu berichten.

Begründung:

Die Liberalisierung der Führerscheinpflicht für Sportboote bis 15 PS im Jahr 2012 hat auf den Berliner Gewässern zu einer nachweislichen Zunahme von gefährlichen Situationen, Konflikten und Unfällen geführt. Insbesondere in den Sommermonaten sind die Wasserstraßen durch eine hohe Dichte an Freizeitnutzer*innen geprägt. Das Nebeneinander von motorisierten Mietbooten, oft gesteuert von Personen ohne jegliche nautische Vorerfahrung, und traditionellen Wassersportarten wie Rudern, Segeln, Kanufahren sowie Schwimmen führt regelmäßig zu bedrohlichen Lagen.

Eine breite Initiative aus dem Berliner Wassersport, unterstützt von zahlreichen Bürger*innen (Petition "Mehr Sicherheit auf den Berliner Wasserstraßen"), fordert seit Langem die Rückkehr zur bewährten 5-PS-Grenze für das führerscheinfreie Fahren. Diese Forderung ist nicht nur eine Frage der Sicherheit, sondern auch des Umwelt- und Naturschutzes sowie der sozialen Gerechtigkeit auf dem Wasser.

Sicherheit und soziale Gerechtigkeit: Die hohe Motorisierung ermöglicht Geschwindigkeiten, die von unerfahrenen Führer*innen von Sportbooten kaum beherrscht werden können. Dies gefährdet nicht nur sie selbst, sondern insbesondere auch schwächere Verkehrsteilnehmer*innen wie Rudernde, Paddelnde und Schwimmende. Die aktuelle Regelung privilegiert einseitig die Interessen von Verleihfirmen und einem motorisierten Freizeitvergnügen, das oft mit Lärm und Rücksichtslosigkeit einhergeht, zu Lasten der Sicherheit und der Erholungsqualität für alle anderen. Eine Rückkehr zur 5-PS-Grenze würde die Einstiegshürde für potenziell gefährliches Verhalten deutlich erhöhen und die Gewässer wieder sicherer und für alle zugänglicher machen.

Umwelt- und Naturschutz: Stärkere Motoren bedeuten mehr Lärm, höhere Wellenschlagbelastung für Uferbereiche und eine stärkere Störung der sensiblen aquatischen Ökosysteme Berlins. Viele Wasserstraßen durchqueren oder grenzen an Schutzgebiete. Eine Reduzierung der führerscheinfreien Motorleistung ist ein notwendiger Beitrag, um die ökologische Belastung durch den motorisierten Freizeitverkehr zu reduzieren und die Ziele des Umwelt- und Naturschutzes in Berlin zu unterstützen.

Politische Verantwortung und Handlungsbedarf: Die Forderung der Petition fand im Umweltausschuss des Abgeordnetenhauses breite Unterstützung über Fraktionsgrenzen hinweg, einschließlich der Stimmen von CDU, SPD, Grünen und Linken. Auch die SPD-Fraktion erkannte den Handlungsbedarf und beschloss eine entsprechende Bundesratsinitiative. Umso unverständlicher und inakzeptabler ist die anschließende Kehrtwende der CDU-Fraktion, die nun eine bundesweite Initiative ablehnt und stattdessen vage "weitere Maßnahmen" sowie einen praktisch und rechtlich untauglichen Vorschlag (tonnageabhängige PS-Begrenzung) ins Spiel bringt. Dieses Vorgehen wirkt wie eine Hinhaltetaktik, die das Problem aussitzt und den erklärten Willen der Zivilgesellschaft sowie die ursprüngliche breite parlamentarische Unterstützung ignoriert. Der von der CDU vorgeschlagene tonnageabhängige Ansatz ist nicht umsetzbar, da für Sportboote keine einheitlichen Zulassungs- oder Vermessungsvorschriften existieren, die eine solche Regelung ermöglichen würden.

DIE LINKE steht klar an der Seite derer, die sich für sichere und ökologisch verträgliche Wasserstraßen einsetzen. Die aktuelle 15-PS-Regelung ist gescheitert. Es ist höchste Zeit, dass Berlin seiner Verantwortung für die Sicherheit seiner Bürger*innen und den Schutz seiner einzigartigen Gewässerlandschaft nachkommt und sich auf Bundesebene mit Nachdruck für die Korrektur dieser Fehlentwicklung einsetzt. Parallel müssen auf Landesebene alle verfügbaren Mittel zur Erhöhung der Sicherheit und zur Kontrolle der bestehenden Regeln ausgeschöpft werden.

Berlin, den 21.01.2026

Helm Schulze Ronneburg Leschewitz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke